



Basel, 14. November 2018

Medienmitteilung

Agrarpolitik 2022+ gemeinsam und mutig angehen

Der Zustand der Umwelt und die teilweise prekäre wirtschaftliche Situation vieler Bauernbetriebe verlangen eine gezielte Weiterentwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft. Die Agrarpolitik soll nun mutig Verbesserungen angehen.

Bio-Bäuerinnen und -Bauern streben eine nachhaltige Produktion an, welche schonend mit den Ressourcen umgeht, sozial verträglich und wirtschaftlich rentabel ist. In der Botschaft zur Agrarpolitik 2022+ macht der Bundesrat eine Reihe von Vorschlägen, um die anstehenden Herausforderungen anzugehen, und eröffnet drei zentrale Perspektiven: Verbesserungen auf den Märkten, mehr Leistungen für Umwelt und Tierwohl und mehr unternehmerische Freiheiten für die Landwirtinnen und Landwirte.

Bio Suisse teilt diese Vision. Zusätzlich möchte der Verband der Schweizer Bio-Bäuerinnen und -Bauern mehr Optimismus, Offenheit und Nachhaltigkeit in der Politik verankern. Die vorgeschlagenen Massnahmen werden nun in den kommenden Monaten geprüft. Für Bio Suisse stehen fünf Ansätze im Vordergrund:

Nachhaltige Produktionssysteme

Die Agrarpolitik soll sich darauf konzentrieren, bestehende nachhaltige Produktionssysteme wie Bio und die Integrierte Produktion (IP) weiterzuentwickeln. Der ökologische Leistungsnachweis (ÖLN) ist angesichts der bestehenden Defizite anzupassen. Den Übergängen von ÖLN zu IP, Bio und anderen nachhaltigen Produktionssystemen ist besondere Beachtung zu schenken, Hindernisse sind gezielt zu eliminieren. Forschung, Bildung und Beratung sind entsprechend auszurichten.

Ressourcenschonender Umgang mit Lebensmitteln

Mehr nachhaltige Produktion erfordert auch die entsprechenden Märkte mit nachhaltigen Konsummustern. Der neue Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit verpflichtet den Bundesrat dazu, aktiv zu werden. Die Agenda 2030 der UNO gibt den internationalen Rahmen vor. Massnahmen wie etwa die Absatzförderung sind entsprechend auszurichten.

Schutz von Klima und Boden

Die Europäische Union wird umfassende finanzielle Mittel zur Bewältigung der Klimakrise in die Gemeinsame Agrarpolitik 2020 fliessen lassen. In der Schweiz ist im Bereich Landwirtschaft in dieser Hinsicht wenig Ehrgeiz zu erkennen, obwohl sich hier Chancen für Produzentinnen und Produzenten eröffnen. Ansätze wie zum Beispiel die von Frankreich initiierte Initiative «4 pour 1000» erlauben den Rollenwechsel: statt Verursacher und Opfer zu sein, leistet die Landwirtschaft mit der Anreicherung von Kohlendioxid im Boden einen Beitrag zur Lösung.

Chancen nutzen

Gesellschaftliche Aufträge, die unter anderem in der UNO-Agenda 2030, im Klimavertrag von Paris, in der Biodiversitätskonvention, den Umweltzielen Landwirtschaft, im Aktionsplan Pflanzenschutzmittel oder in der Strategie zur Antibiotika-Reduktion festgehalten sind, sollen als Chancen wahrgenommen werden. Schweizer Bäuerinnen und Bauern können sich mit nachhaltiger Produktion positionieren und hohe Qualität anbieten. Die Gesellschaft wird dies honorieren und ihren Vertrag mit der Landwirtschaft auch in Form politischer Unterstützung erneuern. Die Konsumentinnen und Konsumenten, das wichtigste Glied

Vereinigung Schweizer Biolandbau-Organisationen
Association suisse des organisations d'agriculture biologique
Associazione svizzera delle organizzazioni per l'agricoltura biologica
Unión svizra da las organizaziuns d'agricoltura biologica

Bio Suisse
Peter Merian-Strasse 34 · CH-4052 Basel
Tel. 061 204 66 66
www.bio-suisse.ch · bio@bio-suisse.ch

in der Ernährungskette, schenken weiterhin Vertrauen und zahlen den erforderlichen Preis, in dem auch Umweltkosten gebührend berücksichtigt werden.

Initiativen ernst nehmen

Insbesondere bezüglich dem Umgang mit Pflanzenschutzmitteln sind die vorliegenden Antworten der Agrarpolitik auch im Hinblick auf die Trinkwasser-Initiative sowie die Initiative für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide mutlos und ungenügend. Bundesrat und Parlament sind gut beraten, dieses Thema proaktiv anzugehen. Anzuwenden ist das Verursacherprinzip, Stichworte dazu sind Lenkungsabgaben und ein normaler Mehrwertsteuersatz für Pestizide. Ein mutiger Gegenvorschlag zu den beiden Initiativen würde eine geordnete Weiterentwicklung der Schweizer Landwirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit ermöglichen.

Weitere Informationen

UNO Agenda 2030: <https://www.eda.admin.ch/agenda2030/de/home/agenda-2030/die-17-ziele-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung.html>

Initiative «4 pour 1000»: www.4p1000.org

Kontakt

Ania Biasio, Verantwortliche Medienstelle Bio Suisse, Tel. 061 204 66 46, ania.biasio@bio-suisse.ch

Martin Bossard, Leiter Politik Bio Suisse, 076 389 73 70, martin.bossard@bio-suisse.ch

Bio Suisse ist die führende Bio-Organisation der Schweiz und Eigentümerin der Marke Knospe. Der 1981 gegründete Dachverband vertritt die Interessen seiner 6'423 Knospe-Landwirtschafts- und Gartenbaubetriebe. Zudem stehen 923 Verarbeitungs- und Handelsbetriebe unter Knospe-Lizenzvertrag. Die Knospe ist nachhaltig, weil sie den Menschen heute eine gute Lebensgrundlage bietet, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu beeinträchtigen. Dazu bringt sie die Interessen von Mensch, Tier und Natur ins Gleichgewicht. Damit dieses langfristig erhalten bleibt, kontrollieren unabhängige Stellen jährlich die ganze Wertschöpfungskette. www.bio-suisse.ch